

## FW-Landesdelegiertenversammlung am 8.11.2008 in Wendelstein

Mehr Freiraum für die Kommunen  
Manfred Pointner, MdL

### Kurzzusammenfassung

1. Das Thema deckt sich mit einer wesentlichen Forderung in unseren Leitlinien bzw. "10-Punkte-Programm".
2. Wir sind die Vertreter der Kommunen im Landtag.  
Die Erwartungshaltung unserer Kolleginnen und Kollegen in den Städten, Gemeinden und Landkreisen ist hoch.
3. Mehr Freiraum für die Kommunen können wir durch Abbau bürokratischer Hürden und bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen erreichen.
- 3.1. Die Stoibersche Verwaltungsreform war trotz guter Ansätze nur Stückwerk, weil in der entscheidenden Phase der Mut zu einer echten Reform gefehlt hat.  
Beispiele dafür sind die Beibehaltung der Sonderbehörden und die fehlenden Zuständigkeitsveränderungen. Es wurden nur Ämter hin- und her verlagert ohne erkennbaren Nutzen für die Bürger.  
Wir fordern eine konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips sowohl bei der Zuordnung der Behörden als auch bei den Aufgabenzuweisungen wie es auch Art.28 Abs.2 GG fordert.  
Vollzugsaufgaben müssen grundsätzlich Landratsämtern, Städten oder Gemeinden angesiedelt werden ohne Beteiligungsverfahren durch die Regierung oder Sonderbehörden.  
Gutachterliche Beteiligungen sind möglich, aber nicht zwingend, sondern im Ermessen der Vollzugsbehörde.  
Alle Verwaltungsverfahren sollen möglichst nur von einer Behörde erledigt werden.
- 3.2. Finanzielle Freiräume:  
Wir fordern eine Vereinfachung der staatlichen Förderung, mehr pauschale Förderung, weg vom "goldenen Zügel".  
Die zeitgerechte Auszahlung der den Kommunen zustehende Zuschüsse ist dringend notwendig.  
Der kommunale Finanzausgleich muss reformiert werden und der kommunale Anteil von jetzt 11,7 % ist nach und nach zu erhöhen. Die Fördermittel für Hochbauten und Sanierungen sind als Teil des zur wirtschaftlichen Stabilitätsstützung erforderlichen Förderprogramms zu erhöhen, ebenso der KFZ-Steueranteil zum Ausbau und Unterhalt der Straßen.

Trotz der aufgrund der Finanzkrise schwieriger werdenden Wirtschaftslage müssen die Kommunen in die Lage versetzt werden weiter zu investieren. Dies gilt für alle Teile Bayerns, vor allem auch für den ländlichen Raum, denn nur dann können Arbeitsplätze gesichert oder neu geschaffen werden.

!